Die Dorfschell

Zeitung des **SPD**-Ortsvereins Olsbrücken/Frankelbach, Februar 2023

STARKE INFRASTRUKTUR FÜR DEUTSCHLANDS ZUKUNFT

Deutschland ist ein starkes Land. Entscheidungen, die heute getroffen werden, sind wegweisend dafür, dass wir auch in 20,30 Jahren erfolgreich sind. Die öffentliche Infrastruktur ist dafür der entscheidende Faktor. Sie war über viele Jahrzehnte ein Garant für den wirtschaftlichen Erfolg Deutschlands, Aufstiegschancen und den Zusammenhalt der Gesellschaft.

In den vergangenen Jahren haben wir unsere Infrastruktur stark vernachlässigt. Wir haben von der Substanz gelebt. So was geht einige Jahre gut, aber irgendwann sind die Reserven aufgebraucht oder zumindest kräftig angekratzt. Wie so etwas endet, haben wir in der DDR gesehen. Es kommt hinzu, dass wir -wie auch andere Industrienationen- vor oder in der Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft stehen, d.h. unter anderem in der Phase von weitgehender Digitalisierung und Umbau zur Klimaneutralität. **Ein solcher Umbau setzt eine intakte Infrastruktur voraus!**
Zu unserer öffentlichen Infrastruktur gehören nicht nur Schienen, Straßen und Brücken, die Stromnetze, Gas- und Wärmeleitungen, Wasser- und Abwassersysteme, Glasfaser- und Mobilfunknetze. Dazu kommen noch unserer Bildungssystem von der Kita bis zur Universität, die öffentliche Verwaltung, die Gesundheitsversorgung und die wohnortnahen Unterstützungsangebote für Pflegebedürftige und ihre Angehörigen. Ebenso wichtig ist die Schaffung und Aufrechterhaltung „sozialer Orte“ der Freizeitgestaltung und der so genannten Daseinsvorsorge (wie Schwimmbäder, Sporteinrichtungen, Bibliotheken). Aber dazu gehören fernerhin auch: Verlässliche und pünktliche Logistik (Deutsche Bahn!), sichere Energieversorgung, rechtssichere Verwaltung, eine funktionierende Rechtsprechung, gute und gerechte Bildung sowie gut ausgebildete Arbeitskräfte.

Also bedarf es eines Comebacks der Infrastrukturpolitik und zwar insbesondere:

I) Deutschland soll ein Wirtschaftsstandort sein, der zeigt, dass Klimaschutz, Geschlechtergerechtigkeit, gute Arbeit, ein versorgender Sozialstaat, moderne Industriepolitik, Digitalisierung und ein freiheitliches Leben Hand in Hand gehen können.
1. Als Industrieland; d.h.: Planungssicherheit für Unternehmen, Förderung von Zukunftstechnologien (z.B. grüner Wasserstoff), Vereinfachung der Genehmigungsverfahren, verlässliche Energieversorgung und konkurrenzfähige Preise.
2. Einfache Investitionen; d.h. unter anderem: Vereinfachung des europäischen Beihilferechts, besondere steuerliche Abschreibungen für private Investitionen in Zukunftstechnologien.
3. Regionale Wertschöpfungen; d.h.: Investitionen des Bundes in regionale Wertschöpfungsketten, stärkere finanzielle Beteiligungen von Bürgerinnen und Bürgern an den Erlösen von Wind -und Solarparks.

II) Qualifikation und Arbeit für ein selbstbestimmtes Leben:
Moderne Arbeitsbedingungen und gut ausgebildete Fachkräfte machen Deutschland zu einem attraktiven Ort zum Leben und zu einem attraktiven Wirtschaftsstandort. Dass das auch in Zukunft so bleibt, dafür bedarf es Systeme der Aus- und Weiterbildung für Menschen in allen Lebensphasen. Um die Fachkräftebasis zu sichern braucht es jährlich 400.000 zusätzliche Fachkräfte.
Gute Bildung von Anfang an:
Um dieses Ziel zu erreichen hat die Bundesregierung drei Programme aufgelegt:

1. **Zukunftsplan Kita-Qualität:** Insbesondere

sollen die Erziehungsberufe an Kitas attraktiver werden, indem es bessere Bezahlung und bessere Rahmenbedingungen gibt.

2. Startchancenprogramm: Das ist das wichtigste bildungspolitische Vorhaben dieser Wahlperiode. Heute verlassen ein Viertel aller Kinder die Grundschule, ohne ausreichend lesen, schreiben und rechnen zu können. Deshalb soll besonders in Grundschulen in benachteiligten Quartieren verstärkt investiert werden.

3. Ausbildungsgarantie: Jeder junge Mensch soll einen Anspruch auf eine Ausbildung bekommen. Dazu gehört auch ein Pakt für die Berufsbildenden Schulen mit erhöhten Investitionen in diese Schulen.
Moderner Arbeitsmarkt:
Die Stärkung der dualen Ausbildung, der berufsbildenden Schulen und ein Ausbau der Angebote für Qualifizierung und Weiterbildung ist ein zentrales Vorhaben der Bundesregierung. Begleitet wird das von einer Verbesserung der partnerschaftlichen Teilung der Kinderbetreuung, um die Möglichkeit höherer Frauenarbeitszeit zu schaffen. Auch sollen Ältere **freiwillig** länger arbeiten können, was ihnen nennenswerten finanziellen Vorteil bringen muss („Lohn neben Rente“).
Moderne Einwanderungspolitik:
Die Steigerung der Attraktivität nach Deutschland einzuwandern, soll erreicht werden durch:
-Vereinfachung der Anerkennung ausländischer Qualifikationen und beruflicher Abschlüsse,
-Stärkung der Sprachförderung,
-Schnellere, einheitliche und unbürokratische Einbürgerungen durch „zentrale Einbürgerungsbehörden“.

III) Moderner Staat für ein vereinfachtes Leben:
1. Digitale Verwaltung, digitale Kompetenz durch:
- Eine Bundes-ID
- Digitalcheck neuer Gesetze,
- Standardisierte und digitalisierte Prozesse,
- Entsprechende technische Ausstattung und Kompetenzaufbau bei den Bediensteten.
2. Schnelle Genehmigungen mit dem Ziel der Halbierung der Genehmigungszeiten
3. Leitmärkte für Zukunftsinvestitionen. Die öffentliche Beschaffung, alle öffentliche Unternehmen (z.B. Deutsche Bahn) sollen **Leitmarkt** für emissionsarme, auf erneuerbare Energien oder grünen Wasserstoff basierende Produkte sein.

IV) Netze der Zukunft: Ein moderner Staat braucht moderne Netze!
1. Die Energie der Zukunft braucht Netze der Zukunft. Daher muss der Staat den Rahmen für den Aufbau von Pipelines, Speicherkapazitäten und Kraftwerken setzen., die Gesamtkoordinierung sicherstellen und wo nötig finanzielle Anreize schaffen.
2. Mobilität: Züge, die pünktlich und verlässlich fahren, ein bezahlbarer und gut ausgebauter ÖPNV, mit dem E-Auto ohne Sorgen quer durch Deutschland, klimaneutrale Antriebe und Kraftstoffe. Das sind die Ziele der Bundesregierung.
3. Daten: Funklöcher oder das ewige Warten beim Download von Daten: Die digitale Infrastruktur in Deutschland hat noch viele Lücken und ist nicht leistungsfähig genug. Dafür braucht es eine Reform des Ausbauverfahrens, denn die Märkte können es nicht umfänglich regeln, weil ein flächendeckender Netzausbau nicht im betriebswirtschaftlichen Interesse der Netzbetreiber liegt.

DEUTSCHLAND EIN EINWANDERUNGSLAND

Lange wollten wir es in Deutschland nicht wahrhaben: Deutschland ist ein Einwanderungsland. Aus aller Welt wollen viele Menschen zu uns, weil sie unsere wirtschaftliche Stärke, unsere gesellschaftliche Liberalität, unsere politische Stabilität schätzen. Und wir Deutschen? Wir brauchen diese Menschen, weil uns Menschen, insbesondere junge, fehlen. Denn wir sind eine überalterte Gesellschaft und wir können uns aus eigener „deutscher“ Kraft nicht mehr erneuern. Dazu ist der Mangel an jungen Menschen zu weit fortgeschritten.

Aber nicht nur wegen der bevölkerungspolitischen Balance brauchen wir diese Menschen. Wir brauchen sie auch zu unserer volkswirtschaftlichen und privatwirtschaftlichen Absicherung. Uns fehlen dringend Arbeitskräfte und insbesondere Fachkräfte. Nehmen wir nur ein-

mal unser **Gesundheitswesen:** Mehr als ein Viertel unserer Ärztinnen und Ärzte ist nicht in Deutschland geboren und hat ausländische Wurzeln. In der Pflege gilt das sogar für ein Drittel der Beschäftigten. Wie wertvoll dieser Beitrag ist, das hat uns die Coronapandemie besonders eindrucksvoll vor Augen geführt.
Wir haben mittlerweile mehr als 45 Millionen Erwerbstätige. Ein bisher noch nie erreichter Höchststand. Und dennoch liegt die Zahl der offenen Stellen ebenfalls auf einem Höchststand. Selbst wenn wir alle Aus -und Weiterbildungschancen nutzten, selbst wenn wir viele der heutigen Teilzeitkräfte (besonders Frauen) in einen Vollzeitjob brächten, selbst wenn wir mehr Seniorinnen und Senioren länger arbeiten ließen, würde das nicht reichen, die Lücke auf dem Arbeitsmarkt zu schließen. **Also brauchen wir Arbeits -und Fachkräfte aus dem Ausland „wie die Luft zum Atmen“**.

Die Bundesregierung hat dies erkannt und für die besseren Anwerbemöglichkeiten von ausländischen Arbeits- und Fachkräften diese Eckpunkte beschlossen:
- Qualifikation und/oder Berufserfahrung der Zuwanderer stehen im Vordergrund
- Die Aufnahme einer Berufsausbildung oder eines Studiums in Deutschland wird erleichtert
- Wer einen Arbeitsvertrag mit einem inländischen Arbeitgeber hat, der kann zukünftig leichter seine Arbeit aufnehmen und parallel seinen Berufsabschluss anerkennen lassen
- Es wird ein transparentes, unbürokratisches Punktesystem eingeführt, wie andere Länder (z.B. Kanada) es längst getan haben, damit Personen, die hier arbeiten wollen und die nötigen Qualifikationen mitbringen, sich in Deutschland etwas aufbauen können.

Dass man Einwanderung und die Möglichkeiten auf dem Arbeitsmarkt zusammen denken muss, hat nicht nur wirtschaftliche Gründe. Die Integration von Erwachsenen funktioniert am besten über den Arbeitsmarkt. Wer Geld verdient und davon leben kann, wer sich eine Wohnung leisten kann, wer durch seine Arbeit Kontakte knüpft, Anerkennung erfährt und die deutsche Sprache lernt, der findet sich besser und schneller zurecht. Hürden und Verzögerungen auf dem Weg in den Arbeitsmarkt wegzuräumen, ist daher gut für Deutschland und gut für diejenigen, die hier leben und arbeiten möchten.
Viele tun dies seit vielen Jahren, manche seit Jahrzehnten. Etwa zehn Millionen Bürgerinnen und Bürger leben in unserem Land, ohne dass sie die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen.
Eine Demokratie aber lebt von der Möglichkeit mitzubestimmen. So entsteht Legitimität und so wächst auch die Akzeptanz für stattliche Entscheidungen. Deshalb muss uns daran gelegen sein, dass Einwohnerschaft und Wahlvolk nicht auseinanderfallen, oder anders ausgedrückt: Wer auf Dauer hier lebt und arbeitet, der soll auch wählen und gewählt werden können, der soll Teil unseres Landes sein, mit allen Rechten und Pflichten, die dazu gehören und zwar völlig unabhängig von Herkunft, Hautfarbe oder Religion.
Deshalb ist es ein Gebot der Klugheit, der Weitsicht, aber auch der Mitmenschlichkeit denjenigen Ausländern in Deutschland, die schon lange hier leben und integriert sind, den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit leichter als bisher zu ermöglichen.
Einige haben mit der eigenen Einbürgerungsentscheidung auch gehadert und sie auch lange vor sich hergeschoben, oft weil sie ihre frühere Staatsangehörigkeit und damit ein starkes Band zu ihrem Herkunftsland nicht aufgeben wollten. Deshalb muss es möglich sein, dass Einwanderungswillige das Recht haben, ihre alte Staatsbürgerschaft zu behalten, also Doppelstaatler zu werden. Schon heute behalten rund **60 Prozent** der Eingebürgerten ihre bisherige Staatsangehörigkeit.

Diese moderne, offene Sichtweise gegenüber ausländischen Arbeitskräften und denjenigen, die nach langer Zeit des Lebens in Deutschland den Wunsch haben, Deutsche zu werden, ist ein Mittel, dass Deutschland die Herausforderungen der Zukunft sowohl für seine Wirtschaft als auch für seine Gesellschaft meistern kann.

IMPRESSUM:

Die Dorfschell (Sonderausgabe) – Zeitung des SPD Ortsvereins Olsbrücken/ Frankelbach erscheint kostenlos für alle erreichbaren Haushalte in Olsbrücken und Frankelbach

Auflage dieser Ausgabe: 660
Redaktion: Rolf Künne (V.i.S.d.P)

ALTES UND NEUES AUS OLSBRÜCKEN

Rückblickend auf das Jahr 2022 ist es angezeigt, noch auf einige Ereignisse hinzuweisen. Der alte und neue Kerweausschuss hat für 2022, gemeinsam mit dem Ortsbürgermeister, wieder einen Kerweumzug organisiert. Dies war nach zwei Jahren pandemiebedingter Pause ein erfreuliches und ermutigendes Ereignis.

Für die Seniorinnen und Senioren fand ein Grillfest an der Pfälzerwaldhütte statt und zu Weihnachten erhielt jede Bürgerin und jeder Bürger über 65 ein Präsent von der Ortsgemeinde.

Noch im Jahr 2022 wurde Ortsbürgermeister Walter Schneck (SPD) von der Ortsbürgermeisterin von Mehlbach auf den möglichen Erhalt eines Spielgerätes aus Rodenbach aufmerksam gemacht. Ortsbürgermeister Schneck und Mitglieder der Arbeitsgruppe besichtigten das Gerät und stellten fest, dass es sich gut für einen Aufbau auf dem Spielplatz am Sportplatz eignete. Die Mitglieder der Arbeitsgruppe haben sodann das Spielgerät abgebaut. Es soll nun in diesem Jahr auf dem Spielplatz aufgebaut werden. Der Aufbau wird durch private Spenden und durch eine Spende der Pfalzwerke finanziert.

Am Milchhäuschen ist ein Anbau/eine Überdachung geplant. Die Arbeitsgruppe „Olsbrücken wird schöner“ hat hierfür einen Förderantrag gestellt und 1800€ Fördergeld erhalten. Der Anbau soll noch in diesem Jahr errichtet werden.

Nach wie vor ist die Straße „Am Waldhof“ in einem sehr schlechten Zustand. Bisherige Förderanträge zur Durchführung des Straßenausbaus sind zweimal in der Verwaltung hängengeblieben. Nunmehr wird zum dritten Mal ein Förderantrag gestellt werden. Hoffen wir, dass die Verwaltung nicht wieder nach Haaren in der Suppe sucht, sondern endlich der Sache Fortgang gibt.

NEUES AUS FRANKELBACH

Der Ortsgemeinderat Frankelbach hatte Mitte Februar eine Gemeinderatssitzung, in der es im Wesentlichen um zwei Tagesordnungspunkte ging:

1) Umwidmung des Bahnhofsgebäudes in ein Cafe

An die Ortsgemeinde Frankelbach ist ein Investor getreten, der nach seinen Angaben beabsichtigt, in dem Bahnhofsgebäude ein Cafe zu errichten. Er gibt an, das Anwesen von den früheren Eigentümern erworben zu haben. Um seine Absicht verwirklichen zu können, benötige er die Zustimmung der Ortsgemeinde zur Nutzungsänderung in diesem Gebäude. Der Ortsgemeinderat hat diesem Ansinnen zugestimmt, weil die Errichtung eines Cafes durchaus im Interesse der Ortsgemeinde ist. Andererseits hat man die Nutzungsumwidmung ausdrücklich auf den Betrieb eines Cafes bezogen, damit anderweitige Nutzungen, zumindest nicht ohne weiteres, nicht möglich sind.

2) Erhöhung des Hebesatzes der Grundsteuer B.

Das Land Rheinland-Pfalz beabsichtigt, die Gemeinden teilweise zu entschulden. Dabei verlangt es aber unter anderem, dass die Gemeinden ihre Einnahmesituation aus eigener Kraft verbessern. Vor diesem Hintergrund und vor dem Hintergrund der Genehmigungsfähigkeit des Haushaltes der Ortsgemeinde hat sich der Gemeinderat Frankelbach entschlossen, den Hebesatz für die Grundsteuer B von 455 auf 475 Prozent zu erhöhen und liegt damit etwas über dem allgemeinen Schwellenwert. Alle weiteren Sätze sind unverändert geblieben. Man hofft, damit dem Verlangen des Landes beim Entschuldungskonzept gerecht zu werden als auch die genügenden Voraussetzungen für die Genehmigungsfähigkeit des Haushaltes geschaffen zu haben.